

Entscheide

Vermögensverwaltungskosten

Entscheid des Kantonsgerichts des Kantons Basel-Landschaft vom 10. März 2010

Der Abzug der Kosten für die notwendige Verwaltung des Vermögens setzt einerseits eine Verwaltung durch Drittpersonen voraus, wodurch entsprechende Auslagen entstehen. Andererseits können nur solche Kosten steuerlich berücksichtigt werden, welche der Werterhaltung des Vermögens – und folglich auch der Erhaltung der Vermögenserträge – dienen und somit Gewinnungskostencharakter haben. Dienen die Kosten hingegen der Vermögensvermehrung, Anlageberatung und der aktiven Bewirtschaftung eines Wertschriften-Portfolios, so werden diese Auslagen nicht zum Abzug zugelassen. Der in diesem Zusammenhang in der Praxis vorkommende 3-Promille-Pauschalabzug ist gesetzlich nicht vorgesehen und dient deshalb allein der Beweiserleichterung.

Sachverhalt:

A. A. machte in der von ihm am 30. März 2008 unterzeichneten Steuererklärung 2007 im Rahmen der Staats- und direkten Bundessteuer einen Abzug für Vermögensverwaltungskosten in der Höhe von Fr. 20'867.– gemäss § 29 lit. e des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (StG) vom 7. Februar 1974 bzw. Art. 32 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 geltend, die sich aus dem Vermögensverwaltungshonorar der B. Vermögensverwaltung AG von Fr. 15'638.–, aus Kosten für die Maestro-Karte von Fr. 40.– sowie aus diversen Depot- und Administrativgebühren von Fr. 5'198.– zusammensetzen. In den definitiven Veranlagungsverfügungen betreffend Staats- und direkte Bundessteuer vom 28. August 2008 liess die Steuerverwaltung des Kantons Basel-Landschaft (Steuerverwaltung) nur die Depot- und Administrativgebühren zum Abzug zu, so dass die abzugsfähigen Vermögensverwaltungskosten von Fr. 20'867.– auf Fr. 5'198.– reduziert wurden.

B. Gegen die Veranlagungsverfügungen erhob A. mit Schreiben vom 1. September 2008 Einsprache mit dem Begehren, die Vermögensverwaltungskosten gemäss Honorarrechnung der B. Vermögensverwaltung AG in der Höhe von Fr. 15'638.– seien analog den Kosten für die Verwaltung von Grund und Boden zum Abzug zuzulassen. Mit Schreiben vom 16. Januar 2009 forderte die Steuerverwaltung A.

sodann auf, eine Kopie des Vermögensverwaltungsvertrages zwischen ihm und der B. Vermögensverwaltung AG einzureichen, wobei dieser mit Schreiben vom 26. Januar 2009 der Aufforderung nachkam.

C. Die gegen die Veranlagungsverfügungen erhobene Einsprache wurde mit den Entscheiden betreffend Staats- und direkte Bundessteuer vom 12. Februar 2009 von der Steuerverwaltung abgewiesen. Auf die Begründung wird – soweit erforderlich – in den Erwägungen eingegangen.

D. Gegen die vorgenannten Einspracheentscheide erhob A. mit Schreiben vom 9. März 2009 beim Steuer- und Enteignungsgericht Basel Landschaft, Abteilung Steuergericht (Steuergericht), Rekurs. Er beantragte, es seien die Vermögensverwaltungskosten gemäss Honorarrechnung der B. Vermögensverwaltung AG in der Höhe von Fr. 20'867.– zum Abzug zu bringen, analog zu den Kosten für die Verwaltung von Grund und Boden und der in den Finanzinstrumenten «Anlagefonds» enthaltenen und zum Abzug zugelassenen «Management Fee» bzw. «Pauschale Verwaltungskommission». Die Steuerverwaltung liess sich dazu am 18. Mai 2009 vernehmen und beantragte die Abweisung des Rekurses.

E. Das Steuergericht wies den Rekurs mit den Entscheiden betreffend Staats- und direkte Bundessteuer 2007 vom 26. Juni 2009 ab. Zur Begründung führte es im Wesentlichen aus, dass nur diejenigen Kosten abzugsfähig seien, die der Erhaltung des Vermögens und damit der unmittelbaren Ertragerzielung und -sicherung dienen, wie Spesen für Bankguthaben und Kontoführungsspesen. Nicht abzugsfähig seien demnach beispielsweise Kosten für Anlageberatung und Gebühren für EC-Karten und Kreditkarten. Beim Vertrag zwischen A. und der B. Vermögensverwaltung AG handle es sich um einen umfassenden Vermögensverwaltungsvertrag, der die Verwalterin ermächtigt, im Rahmen der vereinbarten Strategie selbständig tätig zu werden. Die für diese Tätigkeit verlangten Verwaltungsgebühren in der Höhe von Fr. 15'638.– würden letztlich der Anlageberatung dienen, weshalb das Verwaltungshonorar nicht abzugsfähig sei.

F. Gegen die Entscheide des Steuergerichts betreffend Staats- und direkte Bundessteuer 2007 reichte der Beschwerdeführer, vertreten durch C., beim Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht (Kantonsgericht), am 13. Oktober 2009 Beschwerde ein und beantragte jeweils, es seien die Entscheide des Steuergerichts vom 26. Juni 2009 aufzuheben und die geltend gemachten Kosten für die Vermögensverwaltung der B. Vermögensverwaltung AG in der Höhe von 3 Promille des Wertschriftenbestandes (Fr. 7'021.40), also insgesamt Fr. 12'219.40 Vermögensverwaltungskosten, zum Abzug zuzulassen, alles unter o/e-Kostenfolge und unter Einbezug der o/e-Kosten des vorherigen Verfahrens. Eventualiter seien pauschal 3 Promille des Wertschriftenbestandes, also Fr. 7'021.40, als Vermögensverwaltungskosten zum Abzug zuzulassen. Zur Begründung führte er im Wesentlichen aus, dass die Praxis des Kantons Basel-Landschaft der Schwierigkeit einer differenzierten Abrechnung für abzugsfähige und nicht abzugsfähige Kosten Rechnung trage, indem nebst den unbestrittenen abzugsfähigen

Vermögensverwaltungskosten der depotführenden Bank auch Rechnungen des Vermögensverwalters pauschal in der Höhe von 3 Promille des Vermögens zum Abzug zugelassen seien. Solche Vorschriften würde das Recht der direkten Bundessteuer nicht kennen. Konsequenterweise würden aber die gleichen Abzugsregeln wie im kantonalen Recht gelten. Da das Wertschriftenvermögen Fr. 2'340'469.– betrage, seien bei der Staatssteuer sowie bei der direkten Bundessteuer Fr. 7'021.40 der Vermögensverwaltungskosten der B. Vermögensverwaltung AG zuzüglich der bereits anerkannten Fr. 5'198.– für Bankspesen zum Abzug zuzulassen.

G. Mit Eingabe vom 27. Oktober 2009 liess sich die Steuerverwaltung vernehmen und beantragte die Abweisung der Beschwerden. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass kein Anspruch auf einen Pauschalabzug im Rahmen der 3-Promille-Praxis bestehe. Ferner könnten nur diejenigen Kosten zum Abzug zugelassen werden, welche tatsächlich mit der Verwaltung zusammenhängen würden, nicht jedoch solche der Finanz-, Anlage- und Steuerberatung. In casu werde die effektive Vermögensverwaltung direkt von den beauftragten Depotbanken wahrgenommen und in Rechnung gestellt. Das nicht mit der notwendigen Vermögensverwaltung zusammenhängende Honorar der B. Vermögensverwaltung AG, das eine Abgeltung im Zusammenhang mit der optimalen Bewirtschaftung sei, könnte deshalb nicht zum Abzug zugelassen werden – weder in seinem effektiven Umfang noch in Bezug auf die Differenz zum 3-Promille-Betrag.

H. In seiner Vernehmlassung vom 12. November 2009 beantragte das Steuergesicht ebenfalls die Abweisung der Beschwerden, wobei zur Begründung auf die Entscheide vom 26. Juni 2009 verwiesen wurde. Hinsichtlich der Staatssteuer führte das Steuergesicht ergänzend aus, es sei davon auszugehen, dass der Beschwerdeführer nur Fr. 1'469'986.85 des Vermögens tatsächlich durch einen Dritten, namentlich die B. Vermögensverwaltung AG, verwalten lasse. Nur dieser Betrag könne bei der 3-Promille-Praxis berücksichtigt werden. In Anwendung der genannten Praxis würde dies einen Abzug von Fr. 4'409.95 ergeben, wobei die ausgewiesenen abzugsfähigen Verwaltungskosten in der Höhe von Fr. 5'198.– nicht dazu gerechnet werden könnten. Es könnten nur diejenigen Kosten abgezogen werden, die über die Pauschale hinaus gehen würden und die auch tatsächlich ausgewiesen sowie als abzugsfähig zu qualifizieren seien. In Bezug auf die direkte Bundessteuer brachte das Steuergesicht vor, dass es im Recht der direkten Bundessteuer – im Gegensatz zu manchen kantonalen Regelungen, welche eine Pauschale (in der Regel 3 Promille des Wertschriftenbestandes) zum Abzug zulassen würden – keine betragliche Begrenzung gebe. Es seien somit alle notwendigen und nachgewiesenen Kosten abziehbar. In casu seien dies die bereits zum Abzug zugelassenen Depots- und Administrativgebühren in der Höhe von Fr. 5'198.–.

I. Mit Verfügung vom 30. November 2009 legte das Kantonsgericht aus Gründen der Prozessökonomie das Beschwerdeverfahren betreffend Staatssteuer und dasjenige betreffend die direkte Bundessteuer zusammen.

Erwägungen:

1.1 Nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung (VPO) vom 16. Dezember 1993 wendet das Gericht das Recht von Amtes wegen an. Es prüft insbesondere, ob die Eintretensvoraussetzungen erfüllt sind. Die Beschwerden vom 13. Oktober 2009 richten sich gegen die Entscheide des Steuergerichts vom 26. Juni 2009, betreffend die Staatssteuer bzw. die direkte Bundessteuer für das Jahr 2007. Dementsprechend sind diese gemäss § 131 Abs. 1 StG bzw. gemäss § 3 der Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 13. Dezember 1994 durch das Kantonsgericht zu beurteilen. Da alle übrigen formellen Voraussetzungen nach §§ 43 ff. VPO erfüllt sind, ist auf die frist- und formgerecht eingereichten Beschwerden einzutreten.

1.2 Gemäss § 45 Abs. 1 VPO können mit der verwaltungsgerichtlichen Beschwerde Rechtsverletzungen einschliesslich Überschreitung, Unterschreitung oder Missbrauch des Ermessens (lit. a) sowie die unrichtige oder unvollständige Feststellung des Sachverhalts (lit. b) gerügt werden. Die Überprüfung der Angemessenheit einer Verfügung ist hingegen nur in Ausnahmefällen vorgesehen (§ 45 Abs. 1 lit. c VPO). Mit der Beschwerde in Steuersachen können gemäss dem seit 1. März 2006 in Kraft stehenden § 45 Abs. 2 VPO alle Mängel des angefochtenen Entscheids und des vorangegangenen Verfahrens gerügt werden. § 45 Abs. 2 VPO setzt damit die bundesrechtlichen Vorgaben um, wonach im kantonalen Rekurs- und Beschwerdeverfahren betreffend die direkte Bundessteuer gemäss Art. 140 Abs. 3 DBG in Verbindung mit Art. 145 Abs. 2 DBG alle Mängel des angefochtenen Entscheids und des vorangegangenen Verfahrens gerügt werden können. Hinsichtlich der Staats- und Gemeindesteuern wäre eine solch weitgehende Kontrolle vorinstanzlicher Entscheide gemäss Art. 50 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990 nur für das Rekursverfahren vor Steuergericht, nicht aber für das Beschwerdeverfahren vor Kantonsgericht gefordert. Der Gesetzgeber hat sich jedoch entschieden, die im DBG verlangte Ermessenskontrolle hinsichtlich der direkten Bundessteuer auch auf die Staats- und Gemeindesteuern auszuweiten. Deshalb kann das Kantonsgericht vorliegend auch die Angemessenheit der angefochtenen Verfügungen bzw. Entscheide überprüfen.

1.3 Gemäss § 4 StG sind natürliche Personen kraft persönlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig, wenn sie im Kanton ihren steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt haben. Einen steuerrechtlichen Wohnsitz hat eine natürliche Person, wenn sie im Kanton wohnt oder ihren gesetzlichen Wohnsitz hat. Von der persönlichen Zugehörigkeit wird die wirtschaftliche Zugehörigkeit unterschieden, welche in § 6 StG geregelt ist. Demnach sind natürliche und juristische Personen unter Vorbehalt von § 6 Absatz 4 bzw. § 6^{ter} Abs. 4 StG kraft wirtschaftlicher Zugehörigkeit beschränkt steuerpflichtig, wenn sie unter anderem an im Kanton gelegenen Grundstücken Eigentum, Nutzniessung oder andere, diesen wirtschaftlich gleich zu achtende dingliche oder persönliche Rechte haben (§ 6 Abs. 1 lit. d StG). Vorliegend ist der Beschwerdeführer im Kanton Basel-Landschaft wohnhaft und hat auch in diesem Kanton seinen steuerrechtlichen Wohnsitz.

1.4 Das Verwaltungsverfahren und der Verwaltungsgerichtsprozess sind vom Untersuchungsgrundsatz beherrscht. Danach hat das Gericht von Amtes wegen für die richtige und vollständige Abklärung des rechtserheblichen Sachverhaltes zu sorgen. Dieser Grundsatz gilt indessen nicht uneingeschränkt; er findet sein Korrelat in den Mitwirkungspflichten der Parteien (BGE 115 V 133 [143]). Dies gilt insbesondere auch bei der Selbsttaxation im Steuerrecht. Kann eine in der Steuererklärung enthaltene Angabe nicht bewiesen werden, so ist zu Ungunsten desjenigen zu entscheiden, der die Beweislast trägt. Die trägt, in analoger Anwendung von Art. 8 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) vom 10. Dezember 1907, derjenige, der aus dem vorgebrachten Vorhandensein einer Tatsache Rechte ableitet. Der Steuerpflichtige hat demnach diejenigen Tatsachen zu beweisen, die seine Steuerschuld mindern oder aufheben (Martin Zweifel, Die Sachverhaltsermittlung im Steuerveranlagungsverfahren, Zürich 1989, S. 110).

1.5 Da der Beschwerdeführer gegen beide strittigen Veranlagungsverfügungen vom 28. August 2009 und in der Folge auch gegen beide angefochtenen Urteile des Steuergerichts die selben materiellen Rügen vorbringt – weshalb die beiden Beschwerden vom 13. Oktober 2009 auch gemeinsam behandelt werden (vgl. verfahrensleitende Verfügung vom 30. November 2009) – rechtfertigt es sich, seine Vorbringen hinsichtlich der Staatssteuer und der direkten Bundessteuer jeweils gemeinsam bei den entsprechenden gerügten Punkten zu behandeln.

2. Materiell ist vorab zu prüfen, ob es sich beim Verwaltungshonorar der B. Vermögensverwaltung AG in der Höhe von Fr. 15'637.40 um abzugsfähige oder nicht abzugsfähige Vermögensverwaltungskosten im Sinne von § 29 Abs. 1 lit. e StG bzw. Art. 32 Abs 1 DBG handelt.

2.1 Gemäss § 29 Abs. 1 lit. e StG bzw. Art. 32 Abs. 1 DBG sind die Kosten der Verwaltung durch Dritte (Banken, Vermögensverwalter, Vormund, Erbschaftsverwalter, Willensvollstrecker) vom rohen Vermögensertrag aus beweglichem Vermögen abziehbar. Als abzugsfähig gelten nicht nur die notwendigen Verwaltungskosten, sondern auch diejenigen, deren Vermeidung dem Pflichtigen nicht zugemutet werden können. Wird die Vermögensverwaltung durch den Steuerpflichtigen persönlich besorgt, fehlt es für die Abzugsfähigkeit der kalkulatorischen Verwaltungskosten schon am Erfordernis der tatsächlichen Ausgabe (vgl. Philip Funk, Der Begriff der Gewinnungskosten nach schweizerischem Einkommenssteuerrecht, St. Gallen 1989, S. 172).

2.2 Die Verwaltung im steuerrechtlichen Sinne umfasst nicht alle Tätigkeiten, welche unter dem Titel «Vermögensverwaltung» ausgeübt werden, sondern nur jene, welche der Ertragserzielung dienen (sogenannte allgemeine Verwaltung). Als solche gelten unter anderem Aufbewahrung im Depot oder im Safe, Inkasso, Erledigung der durch die Ausgeber von Titeln veranlassten Massnahmen sowie Wiederanlage von fällig gewordenen Anlageobjekten, da nur dadurch der Ertrag sichergestellt werden kann (Ernst Höhn/Robert Waldburger, Steuerrecht Bd. 2, 9. Auflage Bern/Stuttgart/Wien 2002, § 39 N 30). Ausserdem gehören zu den abzugsfähigen Vermögens-

verwaltungskosten unter anderem auch Kommissionen und Spesen auf Bankguthaben sowie Kontoführungsspesen (Felix Richner/Walter Frei/Stefan Kaufmann, Handkommentar zum DBG, Zürich 2003, Art. 32 N 13; Matthias Schweighauser in: Neffzger/Simonek/Wenk, Kommentar zum Steuergesetz des Kantons Basel-Landschaft, Basel/Genf/München 2004, § 29 N 104). Nicht zu den Gewinnungskosten zählen die Aufwendungen für die Vermögensvermehrung und für die Erzielung von Kapitalgewinnen, wie auf die Performance ausgerichtete Anlageberatung, Käufe und Verkäufe von Vermögensobjekten (soweit es sich nicht um blosser Wiederanlage fällig gewordener Anlagen handelt) und Vermögensverwaltung nach Ermessen des Verwalters aufgrund entsprechender Vollmacht (Höhn/Waldburger, a.a.O., § 39 N 32). So sind etwa Kosten für die Anlageberatung keine abzugsfähigen Vermögensverwaltungskosten (Richner/Frei/Kaufmann, a.a.O., Art. 32 N 14; Schweighauser, a.a.O., § 29 N 105). Diese dienen dem Erwerb bzw. der Veräusserung von Vermögensgegenständen und deshalb nicht primär der Werterhaltung, sondern der Wertvermehrung (Urteil des Bundesgerichts vom 1. März 2000, ASA 71 [2002/03] 48). Gewinnungskosten und damit abzugsfähige Kosten sind demnach nur solche, die der Erhaltung des Vermögens und daher der unmittelbaren Ertragserzielung dienen (vgl. Der Steuerentscheid 2002, B 24.7 Nr. 4, E. 2).

2.3 Der Beschwerdeführer machte in seiner vom 30. März 2008 unterzeichneten Steuererklärung 2007 im Rahmen der Staats- und direkten Bundessteuer einen Abzug für Vermögensverwaltungskosten in der Höhe von Fr. 20'867.– geltend, die sich überwiegend aus diversen Depot- und Administrativgebühren sowie den Vermögensverwaltungskosten der B. Vermögensverwaltung AG zusammensetzen. Die Steuerverwaltung liess jedoch in ihren definitiven Veranlagungsverfügungen vom 28. August 2008 nur die Depot- und Administrativgebühren zum Abzug zu. In seinen Beschwerden vom 13. Oktober 2010 brachte der Beschwerdeführer vor, die B. Vermögensverwaltung AG habe vor allem die Aufgabe, frei werdende Vermögenswerte wieder anzulegen, um zu vermeiden, dass diese ertragslos würden. Demnach seien Aufwendungen der B. Vermögensverwaltung AG, die für die Wiederanlage von fällig gewordenen Anlageobjekten angefallen seien, abzugsfähig. Aus dem Vermögensverwaltungsvertrag zwischen dem Beschwerdeführer und der B. Vermögensverwaltung AG ist zu entnehmen, dass Letztere gemäss der vertraglich festgelegten Anlagestrategie das Vermögen des Pflichtigen (Wertschriftendepot bei der D) selbstständig verwaltet. Dabei ist sie ermächtigt, sämtliche Rechtshandlungen sowie bankmässigen Anlagegeschäfte vorzunehmen, die für die Verwaltung des Wertschriftendepots erforderlich oder nützlich sind. Sie kann im Rahmen des mit dem Vertragspartner festgelegten Anlageziels nach bestem Wissen und freiem Ermessen Anlagen in Anlageninstrumente tätigen wie beispielsweise Hedge Funds, Private Equity und Immobilien. Dabei hat die B. Vermögensverwaltung AG darauf zu achten, dass die Anlageinstrumente leicht handelbar sind. Aus den Vermögensverwaltungshonoraren vom 9. Juli 2007 und 31. Dezember 2007 geht hervor, dass das Vermögen im ersten Halbjahr um 10% zugenommen und im zweiten Halbjahr wieder um 5% abgenommen hatte. Solche Schwankungen sind auf ein aktives Bewirtschaften des Portfolios zurückzuführen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die B. Vermögensverwaltung AG gemäss Vermögensverwaltungsvertrag nach freiem Ermessen auf

nichttraditionelle Anlagen wie die risikoreichen Hedge Funds setzen darf. Vor diesem Hintergrund sind die Vorinstanzen zu Recht davon ausgegangen, dass es sich beim Honorar der B. Vermögensverwaltung AG nicht um Werterhaltungs-, sondern um Anlageberatungskosten handelt. Ferner kommt hinzu, dass der Steuerpflichtige diejenigen Tatsachen zu beweisen hat, die seine Steuerschuld mindern (vgl. E. 1.4 hiervor). Der Beschwerdeführer hat vorliegend keinen Beweis erbracht, der darauf hinweist, dass die Vermögensverwaltungskosten gemäss Honorar der B. Vermögensverwaltung AG lediglich der Werterhaltung dienen würden. Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass es sich beim Honorar der B. Vermögensverwaltung AG in der Höhe von Fr. 15'637.40 um nicht abzugsfähige Vermögensverwaltungskosten handelt.

3. Der Beschwerdeführer machte weiter geltend, dass sowohl für die Staatssteuer als auch für die direkte Bundessteuer ein Pauschalabzug von 3 Promille des Wertschriftenbestandes zuzulassen und die bereits zum Abzug anerkannten Vermögensverwaltungskosten in der Höhe von Fr. 5'198.– mit der Pauschale zu kumulieren sei.

3.1 Für die vom Steuergericht in seinen Entscheiden vom 26. Juni 2009 erwähnte 3-Promille-Praxis für den Kanton Basel-Landschaft besteht keine gesetzliche Grundlage. Die genannte Praxis dient der Beweiserleichterung, da der Nachweis von abzugsfähigen Vermögensverwaltungskosten, die durch den Steuerpflichtigen zu belegen sind, schwierig sein kann. So lässt sie ohne weiteren Nachweis in der Regel pauschal einen Abzug von 3 Promille des Wertschriftenbestandes zu. Übersteigen die Kosten für die allgemeine Vermögensverwaltung diesen Betrag, so müssen sie durch den Steuerpflichtigen nachgewiesen werden (Schweighauser, a.a.O., § 29 N 109). In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass kein Abzug möglich ist, wenn der Steuerpflichtige die Verwaltung seines Vermögens selber besorgt (Schweighauser, a.a.O., § 29 N 107). Demnach kann der Pauschalabzug nur auf dem durch Dritte verwalteten Vermögen vorgenommen werden. Für die direkte Bundessteuer wurde bislang keine derartige Praxis entwickelt. Die Frage der Anwendung der 3-Promille-Praxis auf die direkte Bundessteuer kann vorliegend offen gelassen werden, da der Pauschalabzug die für den Beschwerdeführer ungünstigere Variante darstellt (vgl. nachfolgend E. 3.2).

3.2 Der Beschwerdeführer lässt Fr. 1'469'986.85 seines Wertschriftenbestandes durch die B. Vermögensverwaltung AG verwalten. Es liegen keine Hinweise vor, dass der übrige Wertschriftenbestand in der Höhe von Fr. 870'482.15 ebenfalls fremdverwaltet wird. Demnach muss für den letztgenannten Betrag von einer Eigenverwaltung ausgegangen werden. Da der Pauschalabzug nur auf fremdverwaltetem Vermögen zulässig ist, ist dem Beschwerdeführer nach Anwendung der 3-Promille-Praxis ein Abzug von Fr. 4'410.– ($1'469'986.85 \times 0.003$) zu gewähren. Vorliegend hat der Beschwerdeführer jedoch einen über die Pauschale hinausgehenden abzugsfähigen Betrag in der Höhe von Fr. 5'198.– ausgewiesen, weshalb dieser – was im Übrigen für den Steuerpflichtigen die günstigere Variante ist – für den Abzug gemäss § 29 Abs. 1 lit e StG massgebend ist. Eine Kumulation der bereits anerkannten allgemeinen Verwaltungskosten mit dem Pauschalabzug – wie dies vom Beschwerde-

fürer geltend gemacht wurde – widerspricht dem Sinn und Zweck der 3-Promille-Praxis, die Beweisführung zu erleichtern, indem auf eine Abgrenzung zwischen abzugsfähigen und nicht abzugsfähigen Kosten verzichtet wird.

4. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich beim Honorar der B. Vermögensverwaltung AG um keine abzugsfähigen Kosten handelt. Vorliegend ist jedoch der Pauschalabzug die für den Beschwerdeführer ungünstigere Variante, weshalb für die Staats- sowie für die direkte Bundessteuer die effektiv nachgewiesenen abzugsfähigen Verwaltungskosten für die Veranlagungsverfügungen vom 28. August 2008 massgebend sind. Die Beschwerden erweisen sich demgemäss als unbegründet und sind abzuweisen.

5. Entsprechend dem Ausgang des Verfahrens gehen die Verfahrenskosten in der Höhe von Fr. 1'300.– (bestehend aus reduzierten Verfahrenskosten in der Höhe von Fr. 1'200.– und Auslagen in der Höhe von Fr. 100.–) gestützt auf § 20 Abs. 1 und 3 VPO zu Lasten des unterliegenden Beschwerdeführers. Die Parteikosten sind gemäss § 21 VPO wettzuschlagen.

Demgemäss wird erkannt:

1. Die Beschwerden werden abgewiesen.
2. ...
3. ...